



PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Unsere Zukunft verbauen

Am 5. Juni stimmen die Schweizer Stimmbürger über eine Schicksalsfrage ab. Es geht um den Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin. Es geht um den Verlust von Souveränität, um die Vorstufe zum EU-Beitritt.

Die Abkommen stammen von denselben Leuten, welche den Schuldenberg u.a. des Bundes verdreifachten, laufend Steuern und Abgaben erhöhen, zwei Milliarden in eine marode Fluggesellschaft verschleuderten, den Asylmissbrauch tolerieren, die Armee schwächen, die Schweiz in der Holocaust-Debatte der Lächerlichkeit preisgaben und unsere Identitäten verlachen. Nun wollen sie in die EU, um von ihrem Versagen abzulenken.

Verlieren werden in erster Linie die kommenden Generationen. Sie müssen die Unfähigkeit der heutigen Eliten ausbaden. Der Souverän muss nun selbst eine liberal-konservative Kurskorrektur vornehmen. Um dazu einen Beitrag zu leisten, engagiere ich mich künftig im Vorstand von PRO LIBERTATE.

Raubbau an der Volksouveränität

ALFRED MATTHÄUS ZUMBRUNN

E-Mail: alfred@zumbrunn.com

Eigentlich ist, so sollte man meinen, alles klar: Das Volk ist der Souverän und es hat das letzte Wort. Die direkte Demokratie mit Initiativ- und Referendumsrecht gibt unserer Staatsidee im Vergleich mit anderen Staaten ein besonderes Gepräge und macht das Modell Schweiz zum einmaligen Sonderfall. Darauf dürfen wir stolz sein und es obliegt uns, dieses Kleinod zu hüten.

Leider muss seit Jahren immer öfter festgestellt werden, dass dieses Souveränitäts-Verständnis namentlich in Politiker-, Akademiker- und Beamtenkreisen missachtet oder doch hinterfragt wird. Man möchte offenbar, auch im Hinblick auf den bald erwünschten EU-Beitritt, unsere Volksrechte auf das Niveau der übrigen europäischen Staaten zurückstutzen.

Dieses Bestreben zeitigt wenig ruhmvolle Auswüchse:

- Nach dem EWR-Entscheid wird der Souverän von einem Bundesrat als «dummes Volk» bezeichnet.
- Vor wenigen Jahren noch hat der Bundesrat erklärt, der Schengen-Vertrag bilde, da mit Souveränitätsverlusten verbunden, keine Option. Heute behauptet er das Gegenteil.
- Ein Bundesrat bezeichnet einen Ratskollegen als Gefahr für die Demokratie (!), weil dieser sich uneingeschränkt hinter die Volksouveränität stellt.
- Bundesparlamentarier möchten das Referendumsrecht einschränken, weil sonst das EU-Tempo nicht eingehalten werden könne.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns auf die Grundzüge der Staatsidee Schweiz zurückbesinnen:

Der Bundesrat ist nicht eine Regierung im kontinentalen Sinn. Die Bundesräte sind keine Minister, sondern die Chefs der Verwaltungsdepartemente. Sie können, was sie sehr zu ärgern scheint, im Ausland nicht auf gleicher Ebene diskutieren. Der Bundespräsident ist – und das nur für ein Jahr – der Erste unter Gleichen. Vorab ist er Ratspräsident, nebenbei noch ein bisschen Bundespräsident. Heute lassen sich längst ausgeschiedene Bundesräte im Ausland noch nach Jahren als Bundespräsident anreden.

Bundesbern scheint im Verkehr mit der grossartigen EU an Minderwertigkeitsgefühlen zu leiden. Tendenziell steigt die Gefahr, dass unsere Volksrechte immer weiter eingeschränkt werden. Hüten wir uns am Morgarten – und am 5. Juni bei Schengen!

In dieser Ausgabe

- 2 Schengen/Dublin:
«Eine grosse Gefahr für die Schweizer Wirtschaft»
- 3 Schützen, Jäger und Waffensammler sagen Nein zu Schengen/Dublin
- 4 Hauptversammlung 2005 Standortbestimmung Armee
- 4 Vorstand erweitert und verjüngt
- 5 Schwerpunkte 2005
- 5 Internationales Recht – eine Farce
- 6 Quo vadis, Volksrepublik China?
- 7 Gedanken der Präsidentin
- 8 Zusammenfassung



SCHENGEN/DUBLIN:

«Eine grosse Gefahr für die Schweizer Wirtschaft»

2
3

Der Ökonom Professor Dr. Franz Jaeger befürchtet, dass die Schweiz einen Fehler mit schwerwiegenden Konsequenzen begeht, wenn sie sich dem EU-Recht anpasst.

Herr Professor Jaeger, wie andere liberale Persönlichkeiten (Robert Nef, Präsident des liberalen Instituts oder Konrad Hummler, Bankier, Publizist und NZZ-Verwaltungsrat u.a.) stehen Sie dem Beitritt zu Schengen/Dublin kritisch gegenüber. Warum?

Die Schweiz würde ihre Souveränität in zahlreichen Bereichen verlieren, die für die Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind: Die Migrationspolitik, für welche EU-Recht dem Landesrecht vorgeht, das Kriegsmaterialgesetz, das Steuerharmonisierungsgesetz, das Güterkontrollgesetz und zum Teil die Personenkontrollen ...

Die Befürworter argumentieren, die Schweiz bleibe weiterhin souverän.

Nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren müsste die Schweiz die Normen des «acquis communautaire» übernehmen. Notfalls wäre die EU berechtigt, Massnahmen zu ergreifen, um uns dazu zu verpflichten. Sicher wäre es falsch zu sagen, die Schweiz müsste bei einem Beitritt zu Schengen/Dublin das ganze EU-Recht übernehmen, aber nichtsdestoweniger zahlreiche Aspekte. Schengen/Dublin ist ein einschneidender Eingriff in die Souveränität der Schweiz.

Wo sehen Sie besondere Probleme? Wie beurteilen Sie insbesondere die Übernahme von 500 Seiten EU-Recht, dem «acquis communautaire»?

Denken Sie nur an die Bestrebungen zur Steuerharmonisierung: Die Schweiz muss in diesem Bereich absolut souverän bleiben. Genauso ist es in der Migrationspolitik, wo wir spezifische Herausforderungen zu meistern haben. Wir müssen hier unsere

eigenen Gesetze anwenden können. Gewiss ist es möglich, dass sich das EU-Recht in eine uns passende Richtung entwickelt. Aber heute wissen wir nicht, wohin sich die EU bewegen wird! Momentan scheint die Entwicklung in der EU mehr und mehr in Richtung eines wachstumsfeindlichen, weil bürokratischen Zentralismus unter deutsch-französischem Diktat zu gehen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Schweiz ihre Autonomie in der Gesetzgebung beibehält. So können wir, wenn es zu unserem Vorteil ist, EU-Recht übernehmen. Aber wir müssen dies von Fall zu Fall entscheiden und nicht aufgrund eines Abkommens wie Schengen/Dublin, das uns dazu verpflichtet.

Befürworter argumentieren, mit dem Schengener Abkommen werde unser Bankkundengeheimnis völkerrechtlich anerkannt.

Momentan ist das Bankkundengeheimnis nicht in Gefahr und Schengen/Dublin wird uns nicht helfen, es besser zu sichern. Im Gegenteil: Die Rechtshilfe würde im Bereich der indirekten Steuern ausgedehnt. Gewiss, die Schweiz hat eine sogenannte «opting-out»-Klausel ausgehandelt gegen unerwünschte zukünftige Entwicklungen des EU-Rechtes für die direkte Besteuerung. Aber damit legen wir das Bankkundengeheimnis in die Hände des Bundesrates: Wenn früher oder später die EU erneut Druck ausübt, müsste er das Bankkundengeheimnis verteidigen. Es wird klar: Wir verteidigen das Bankkundengeheimnis besser selbst, im Rahmen der direkten Demokratie.

Sehen Sie Sachzwänge, welche mit Schengen/Dublin für einen späteren Beitritt zur Zollunion entstehen?

Es handelt sich hier um das entscheidende Problem. Mit Schengen/Dublin fallen die Personenkontrollen an der Grenze weg, aber die Schweiz würde ein Zollausschlussgebiet bleiben. Es ist

offensichtlich, dass wir weiter Handelshemmnisse abbauen können – und müssen, nicht nur gegenüber der EU, sondern auch gegenüber der restlichen Welt. Aber ebenso offensichtlich wird es in der Praxis schwierig sein, Warenkontrollen ohne Personenkontrollen durchzuführen.

Was wäre der nächste Schritt?

Als Zwischenschritt würde die Bundesverwaltung geltend machen, dass die Schweiz unter diesen Bedingungen keine Warenkontrollen mehr durchführen könne. Es sei am besten, der Zollunion beizutreten. Ich bin überzeugt, Schengen/Dublin ist ein Schritt in diese Richtung. Mit der Zollunion würde die Schweiz jegliche Autonomie und jegliches Mitscheidungsrecht in der Konzeption unserer Handelspolitik verlieren. Das wird dann zum nächsten Schritt führen: Der EU beitreten zu können. Bern würde sagen, es gäbe keine Alternative, die Zollunion sei eine untragbare Position. Dieses Szenario hat eine Wahrscheinlichkeit von zwischen 60 und 70%. Es ist auf jeden Fall ein Risiko, das wir nicht eingehen dürfen.

Was würde die Schweiz beim EU-Beitritt verlieren?

Wir müssten höhere Zölle gegenüber Drittländern erheben, den EURO einführen und auf unsere Interessenvorteile verzichten. Wir würden in den Streit über den Stabilitätspakt hineingezogen, müssten die Mehrwertsteuer verdoppeln und die Aussenwirtschaftspolitik der EU übernehmen. Für die Schweiz wäre das eine Katastrophe. Wir könnten uns der Welt nicht mehr weiter öffnen als der EU-Durchschnitt.

Die Tourismusverbände kämpfen momentan an vorderster Front für den Beitritt zu Schengen/Dublin. Man behauptet, der Tourismus erleide Millioneneinbussen, weil Touristen für die Schweiz ein spezielles Visum

neben dem Schengen-Visum benötigen. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Abkommens auf den Tourismus und die Visapolitik?

Ich kann die Tourismusindustrie verstehen, welche Vereinfachungen sucht. Andererseits scheint mir das Visa-Argument, es ist übrigens das einzige wirtschaftliche Argument für Schengen/Dublin, übertrieben. Um das Image der Marke Schweiz zu pflegen, müsste sich der Schweizer Tourismus eher von der EU-Uniformität abgrenzen als sich ihr anzupassen. Die Visa-Frage kann die Schweiz autonom regeln. Es ist auch interessant, dass EU-Länder wie Grossbritannien und Irland nicht Mitglieder von Schengen/Dublin sind, ohne dass sie Nachteile erleiden.

Wir sind wirklich Mitläufer.

Sehr geehrter Herr Professor Jaeger, besten Dank für diese Klarstellungen!

Mit Professor Dr. Franz Jaeger sprach Patrick Freudiger.



Professor Dr. Franz Jaeger wurde am 4. Dezember 1941 in St. Gallen geboren, ist verheiratet und hat vier Kinder.

Er promovierte 1970 zum Dr. oec. und habilitierte 1980 an der Universität St. Gallen. Seit 1972 lehrt er Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und ist

seit 1989 geschäftsleitender Direktor des Forschungsinstituts für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik (FEW-HSG). In dieser Funktion betreut er zahlreiche Projekte der wirtschaftspolitischen Beratung sowie der Grundlagen- und Auftragsforschung. Franz Jaeger gehörte von 1971 bis 1995 dem Nationalrat an. Von 1990 bis 1991 war er Präsident der nationalrätlichen Finanzkommission und von 1992 bis 1995 Mitglied der nationalrätlichen Wirtschaftskommission. Als Ordinarius betreut Prof. Franz Jaeger den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Anfang 2003 ist Franz Jaeger in den Beirat der Stiftung Avenir Suisse berufen worden.

Schützen, Jäger und Waffensammler sagen nein zu Schengen/Dublin

Pressecommuniqué vom 12. April 2005 des Komitees für ein freiheitliches Waffenrecht: Willy Pfund, alt Nationalrat, David Glatz, Ehrenpräsident SSV, Fritz Kilchenmann, Ehrenpräsident KSV ZH.

Das Komitee für ein freiheitliches Waffenrecht hat mit seiner eigenständigen Unterschriftensammlung wesentlich zum Referendum gegen Schengen/Dublin beigetragen. Ziel ist es zu verhindern, dass unser Waffenrecht künftig in Brüssel fremdbestimmt wird. Das Schengen-Abkommen führt zu einschneidenden Einschränkungen im schweizerischen Schiesswesen, die einmal mehr unsere unbescholtenen Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer trifft. Aus diesem Grund wächst der Widerstand der Schützen, Jäger, Waffensammler und übrigen Waffenbesitzer im ganzen Land.

Das europäische Waffenrecht geht davon aus, dass kein Privater eine Waffe benötigt. Will man trotzdem eine, muss man einen sehr umfang-

reichen und auch kostspieligen **Bedürfnisnachweis** erbringen. So muss man in einzelnen europäischen Ländern schon heute einen Bluttest, ein Elektrokardiogramm, einen Augentest, einen Psychotest und schlussendlich ein psychiatrisches Gutachten vorlegen, um in den Besitz eines Waffenscheins zu gelangen. Unser freiheitliches Waffenrecht darf nicht durch bürokratische Massnahmen eingeschränkt und zum **Spielball der Verwaltung** werden. Jede Behinderung birgt die Gefahr, dass Schützinnen und Schützen unserem Nationalsport den Rücken kehren. Im Hinblick auf den gesellschaftspolitischen, sozialen und identitätsfördernden Stellenwert des Schiesssports müsste dies als Verlust für unser Land und seine Tradition angesehen werden.

Mit der Annahme des Schengen-Abkommens ist der Erwerb einer Waffe nur noch mit der **Angabe eines Erwerbsgrundes** möglich. Schützen, Jäger und Waffensammler haben sich dafür ausnahmslos als solche aus-

zuweisen. Anstelle des heutigen Vertrauens tritt Misstrauen. Für Kauf, Handänderung unter Privaten oder Erbgang werden mit «Schengen» **bürokratische Abläufe** institutionalisiert. Sie führen zu **mehr Verwaltungsstellen**, welche das Volk und die Wirtschaft schliesslich mit **mehr Steuern und Abgaben** belasten. Und dies alles, ohne damit die Sicherheit im Lande zu erhöhen. Schengen/Dublin tangiert jede Bürgerin und jeden Bürger. Trotzdem weigerten sich Bundesrat und Parlament das Vertragswerk dem Volk vorzulegen. Das zeigt, wie gering unsere Parlamentarier die Meinung des Souveräns offenbar schätzen. Dank dem Referendum kann das Volk nun trotzdem darüber abstimmen. Wir wollen die unbescholtenen Schützen, Jäger und Sammler, von denen es in der Schweiz Hunderttausende gibt, nicht mit Ganoven gleichstellen. Deshalb stimmen wir Schützen, Jäger und Waffenbesitzer am 5. Juni 2005 NEIN zu Schengen/Dublin.

Standortbestimmung Armee

4
5



■ Divisionär von Orelli spricht an der Hauptversammlung vom 5. März 05 über die Situation der Armee ■

An der gut besuchten Hauptversammlung vom 5. März 2005 referierte Divisionär von Orelli, stellvertretender Chef der Armee, über die Situation der Armee. Er beschrieb, wie sich die Beurteilung der Sicherheitslage nach

1989 verändert habe. Die Schweiz sei nun von Staaten mit denselben Wertvorstellungen umgeben, was den Stellenwert der rein militärischen Verteidigung in den Hintergrund schiebe. Die heutige Risikoanalyse

ergebe, dass neben bewaffneten Konflikten insbesondere Natur- und technische Katastrophen eintreten können sowie gewalttätiger Extremismus, Terrorismus und Informationskriegsführung.

Neben dem einstigen Verteidigungsauftrag werde heute von der Armee ein Beitrag zur Friedens- und Existenzsicherung gefordert. Ebenfalls stehe die Armee im Spannungsfeld der Politik zwischen einer SP, die nur noch eine Berufsarmee von 15'000 Leuten für die Friedensförderung wünsche, und andererseits einer SVP, die den Verteidigungsauftrag in den Vordergrund stelle und ein Milizheer von 200'000 wolle. Ebenfalls sei die Armee dauernden Budgetkürzungen ausgesetzt. Bei der Umsetzung der Armee XXI ging man von einem Budget von 4.3 Mia aus. Fürs Jahr 2007 rechnet man etwa noch mit 3.85 Mia.

Vorstand erweitert und verjüngt

Einstimmig wurde Patrick Freudiger aus Langenthal mit Jahrgang 1984 in den Vorstand gewählt. Patrick studiert Recht an der UNI Bern, ist Mitglied der JSVP und seit 2004 Stadtrat in Langenthal. Schon seit längerer Zeit schreibt er regelmässig für unsere Mitteilungen. Wir heissen Patrick Freudiger herzlich Willkommen.



■ Präsidentin Ami Bossard: PRO LIBERTATE setzt sich für die Milizarmee ein und stellt sich ebenfalls hinter den Verteidigungsauftrag und dies heisst, dass wir weiterhin kritisch beobachten und uns politisch für diese Armee einsetzen und ihr auch die notwendigen Mittel zugestehen. ■

Schwerpunkte 2005

PRO LIBERTATE wird sich aktiv am Abstimmungskampf gegen eine Assoziierung der Schweiz mit Schengen beteiligen. Dieser bilaterale Vertrag, welcher unter Inkaufnahme von weniger Sicherheit den Weg zum EU-Vollbeitritt ebnet und die Souveränität einschränkt, ist am kommenden 5. Juni abzulehnen.

Weiterhin wird sich
PRO LIBERTATE
für die Werte
Freiheit,
Demokratie
und Menschenwürde
einsetzen.

PRO  LIBERTATE **3** April **05**
Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde **Sondernummer**

5. Juni: Schengen – nein ist besser!

**Schengen –
der moderne
Trojaner**



5. Juni: Schengen – nein ist besser!

Internationales Recht – eine Farce

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

«Bund und Kantone beachten das Völkerrecht», heisst es in Artikel 5 Absatz 4 unserer neuen Bundesverfassung. In der Praxis wird mit diesem Artikel eine geradezu sklavische Übernahme von Völkerrecht legitimiert. Egal ob in der Asylpolitik, in der Ausländerpolitik, in Sicherheits- oder gar Umweltfragen: Immer gibt es einen UNO-Pakt, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) oder irgendein internationales Protokoll, die unseren Handlungsspielraum angeblich einengen oder gar verunmöglichen. Bundesbern und beauftragte Winkeladvokaten (oder andere sogenannte Experten) üben sich in gewohntem Fatalismus.

Dabei offenbart sich ein Grundproblem unserer Rechtsordnung. Landesrecht ist demokratisch ausgehandelt, beschlossen und vom Souverän sanktioniert. Die Durchsetzung von Landesrecht hat eine dementsprechend hohe Akzeptanz. Schweizer Bürger können zudem

*«Wo immer die letzten Ziele
der internationalen Politik
liegen mögen,
das unmittelbare Ziel
ist stets die Macht»*

Hans Morgenthau,
Deutscher Jurist und Politikwissenschaftler

jederzeit mit einer Volksinitiative eingreifen. Die Behörden sind damit dem Parlament bzw. dem Souverän laufend Rechenschaft über ihre Arbeit schuldig und können so überwacht werden. Erledigen sie diese nicht mehr pflichtgemäss oder beginnen sie, Recht nach Belieben zu interpretieren, dann können sie abgewählt werden.

Ganz anders das Völkerrecht: Ausgehandelt wird es durch Regierungsvertreter oder Bevollmächtigte und wird anschliessend von Verwaltung und Gerichten ohne Mitwirkung des Souveräns weiterentwickelt. Nur selten kann der Souverän ein-

greifen. Die bedeutenden internationalen Institutionen sind niemandem Rechenschaft schuldig. Die Machtpolitik ist im internationalen Recht deshalb besonders ausgeprägt. Viele Europäische Staaten fordern heute z.B. im Namen Europas, was sie im Namen ihres Staates nicht zu fordern wagen (z.B. Subventionen). Man sieht: Gerade in der direktdemokratischen Schweiz dient das Völkerrecht als Vorwand, den Souverän vor Sachzwänge zu stellen und zu entmachten. Wie die Schweiz mit solchem Fatalismus in zwei Weltkriegen frei und unabhängig hätte bleiben können, ist schleierhaft. Das Völkerrecht, wie es sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, will im Wesentlichen den Schutz der Menschenwürde garantieren. Es bezieht seine Legitimation in der Verhinderung neuerlicher Gräueltaten wie zu Zeiten der kollektivistischen, antiliberalen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Heute muss festgestellt werden, dass das Völkerrecht in keiner Weise zu dieser universellen Akzeptanz der Menschenwürde beitragen konnte: In Deutschland und Japan war es pri-

mär den USA, der eigenen Schwäche und der liberalen Staatsordnung zu verdanken, dass diese Länder heute Demokratien sind. Andererseits sind Verbote von Todesstrafe und Folter wirkungslos gegen den Widerstand von Russland, China oder Nordkorea. Wo kein entsprechender Wille vorhanden ist, bleibt Völkerrecht toter Buchstabe. Doch Recht, das nicht durchgesetzt werden kann, hat seinen Wert nur noch im Namen.

Das Völkerrecht ist im Westen heute im Wesentlichen zu einem Anspruchskatalog für fordernde Randgruppen pervertiert. Denn die Garantien der Menschenrechte sind bereits in den Verfassungen der Nationalstaaten verankert. Dagegen hat sich gerade in der Schweiz die EMRK als Schutzschild bzw. Forderungskatalog für gefährliche Sexual- und Gewaltstraf-täter, Scheinasylanten, Kriminelle, jüdische und muslimische Schächter etc. etabliert.

Sogar in Europa beginnt es deshalb zu dämmern. Gleich in zwei Urteilen hat das Deutsche Bundesverfassungsgericht den Vorrang des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte negiert und dem Landesrecht den Vorrang eingeräumt. «Die Völkerrechtsfreundlichkeit des GG (Grundgesetz, Deutsche Verfassung) entfaltet Wirkung nur im Rahmen des demokratischen und rechtsstaatlichen Systems. Das GG erstrebt die Einfügung Deutschlands in die Rechtsgemeinschaft friedlicher und freiheitlicher Staaten, verzichtet aber nicht auf die in dem letzten Wort der deutschen Verfassung liegende Souveränität ... Ist ein Verstoß gegen tragende Grundsätze der Verfassung nicht anders abzuwenden, so widerspricht es nicht dem Ziel der Völkerrechtsfreundlichkeit, wenn der Gesetzgeber ausnahmsweise Völkervertragsrecht nicht beachtet.»

Im Juni hat die Schweiz über eine Schicksalsfrage abzustimmen: Mit dem Schengener Abkommen verpflichten wir uns zur Übernahme von 500 Seiten EU-Recht. Nicht weniger als acht Gesetze müssten sofort angepasst werden (darunter Asyl-, Ausländer- und Waffengesetz). Dazu kommt die widerstandslose Übernahme von Folgerecht, welches noch völlig unbekannt ist. Die Schweiz wird also befinden, ob sie ihre Souveränität in Kernbereichen opfern und Verantwortung an eine zentralistische, undurchsichtige, bürokratische EU abtreten soll, die – wie der britische EU-Parlamentarier Daniel Hannan sagt – «niemandem Rechenschaft ablegen muss».

Quo vadis, Volksrepublik China?

■ China – Land der Gegensätze
«Fernsehturm in Shanghai» ■

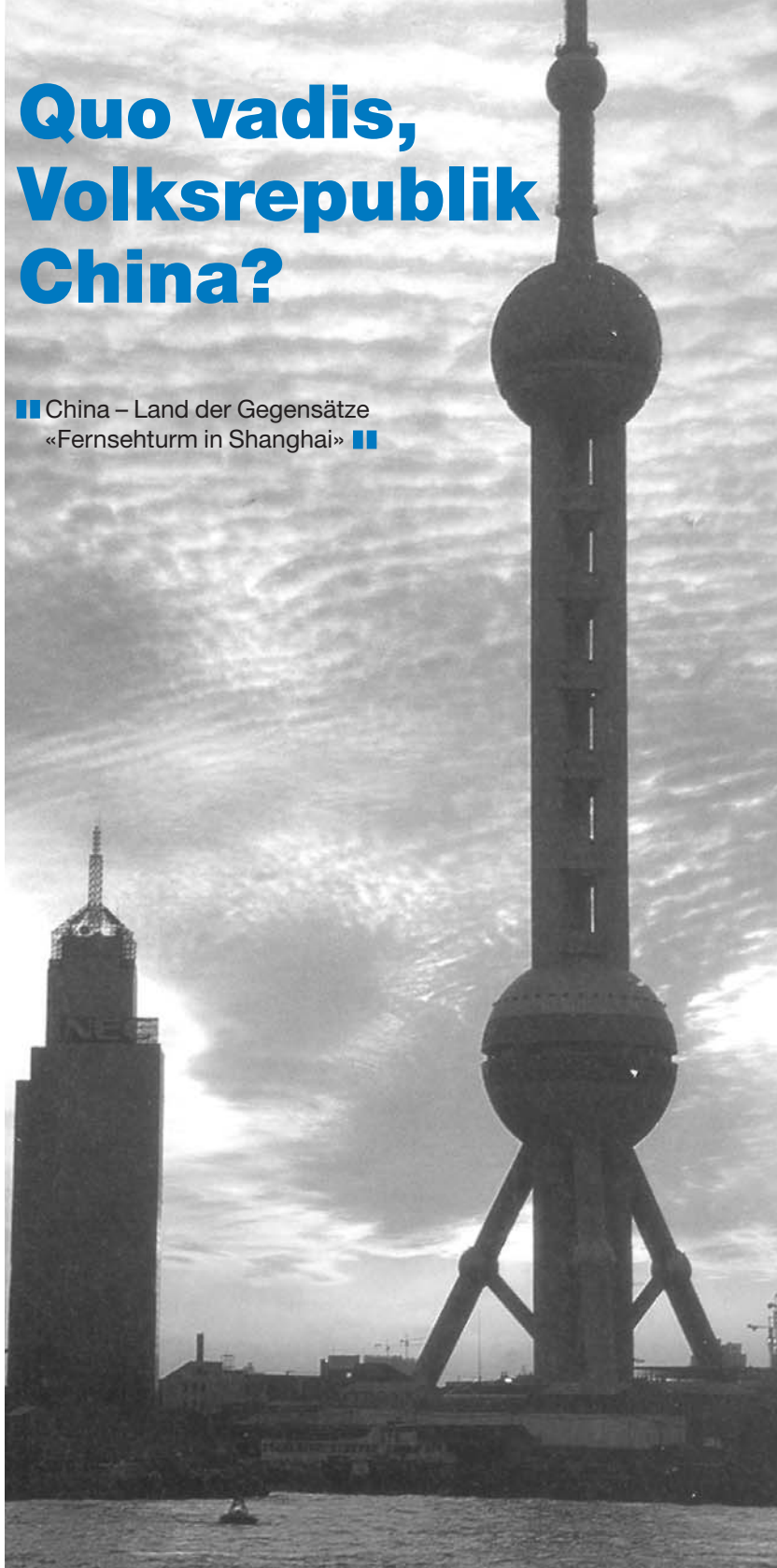


Bild: Polyglottführer China

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Während der letzten Zeit stieg China zur dritten Welt-Handelsmacht auf, letztes Jahr nahm sein Warenaustausch um weitere 30% gegenüber 2003 zu und jetzt erwartet man einen Wirtschaftsaufstieg um 8.5 Prozent. Dass manche Beobachter für kommende Jahrzehnte sogar ein Überholen der USA sehen, wird indes trügerisch bleiben: Die rasante Wirtschaftsentwicklung ist überhitzt. Peking steht vor einer grossen Energiekrise,

für deren Lösung aber gibt es nicht genug Kraftwerke. Energie und Rohstoffe (besonders Öl und Gas) haben sich so verteuert, dass die Massenproduktion in manchen Branchen sich nicht mehr lohnt. Die Regierung steht vor dem Dilemma, entweder den Zusammenbruch grosser Exportindustrien und den Verlust von weiteren Millionen Arbeitsplätzen hinzunehmen oder Rohstoff- und Energieimporte subventionieren zu müssen – was dann aber weltweit Antidumping-Verfahren auslösen würde. Gleichzeitig

nehmen Umweltschäden zu, allzu häufig sind die Bodenflächen vergiftet, sauberes Wasser fehlt.

Das Problem der über 30 Millionen Arbeitslosen und mindestens 120 Millionen Wanderarbeiter drängt auf baldige Lösung. Jährlich kommt es im Riesenreich nach Pekinger Eingeständnissen zu 50'000 «grösseren Zwischenfällen», womit lokale Aufstände gemeint sind; zumeist richten sie sich gegen Übergriffe von Funktionären oder Korruption – mehr denn je ein Krebsübel der Verwaltung. Zudem: Rund jeder zehnte Chinese ist über 65 Jahre alt, doch das bisherige System der Alters- und Krankenversorgung durch die Betriebe verschwindet und auf dem Lande existierte beides ohnehin nicht – für eine Regelung war der Staat bisher überfordert.

Nach wie vor gibt es über 300 Arbeitslager mit etwa 310'000 Insassen – oft ohne Gerichtsurteile. Folter ist immer noch sehr verbreitet. Nach Amnesty International wurden von den 2004 weltweit 3794 bekannt gewordenen Hinrichtungen mindestens 3400 in China durchgeführt; dem kürzlich erfolgten Volkskongress zufolge könnten es fast 10'000 gewesen sein. Viele waren zweifellos Dissidenten. Denn trotz grösserer Offenheit des Regimes beharrt die KP Chinas auf ihrem kompromisslosen Machtanspruch. Alles, was die Wurzeln des Marxis-

mus tangiert und eine Gefährdung des Regimes bedeuten könnte, wird heutzutage verfolgt. Von den jungen Menschen so beliebten Internet-Cafés (die einen Blick – und damit Vergleich – in die Aussenwelt gewähren), wurden 2004 fast 50'000 geschlossen. Weiterhin gibt es eine starke Pressezensur, manche Redaktoren haben ihre Freiheitsliebe mit Haft bezahlen müssen ...

Die «Volksbefreiungsarmee» mit ihren 2.5 Millionen Soldaten ist die grösste Streitmacht der Welt. Ihr offizielles Budget stieg 2004 um elf Prozent und wird jetzt um weitere 12,6% auf knapp 30 Milliarden US-Dollar erhöht (der – teilweise verdeckte – Gesamt-Etat soll annähernd das Dreifache betragen). Waffen wurden bisher allgemein von Moskau gekauft, welches aber nie seine am weitesten entwickelten Systeme an Peking überliess. Daher drängt dieses jetzt Westeuropa auf Aufhebung des Waffenembargos. Das von Peking unlängst erlassene «Anti-Abspaltungsgesetz» (dabei gehörte Taiwan niemals zur Volksrepublik) ist eine Ermächtigung für einen Militärschlag gegen Taiwan, falls seine 23 Millionen Einwohner sich auch formal selbständig erklären wollen, was sie faktisch seit 1949 sind. Über diese Problematik ist jüngst viel geschrieben worden, unsere «PRO-LIBERTATE-Mitteilungen» haben als wohl eine der ersten Publikationen Europas bereits im August

2004 dies ausführlich prophezeit! Hatten wir schon damals ein dann erfolgreiches Eingreifen der USA prognostiziert, so wird China inzwischen auch mit einem Gegenschlag – des um seine lebensnotwendigen Handels-Verbindungswege fürchtenden – Japans rechnen müssen. Werden Frankreich und Deutschland Hochtechnologien nach China liefern, wird ein solches Verhalten in Washington als politischer Dolchstoss gewertet – dort fürchtet man, dass modernste europäische Waffensysteme gegen amerikanische Waffensysteme stehen könnten. Das werden Paris und Berlin nicht nur mit dem Ende aller Rüstungskooperationen bezahlen, sondern die USA sich ebenso über den Handel rächen. Taiwan ist zugleich die moralische Nagelprobe, ob die Franzosen und die Deutschen es ernst mit ihrem Bekenntnis zu Freiheit und Menschenrechten meinen! Peking hat sich selbst in einen unausweichlichen Automatismus einer eskalierenden Konfliktstrategie manövriert, der nur wenig Spielraum für eine Deeskalation lässt: Entweder wird es eine Legitimationskrise des eigenen Systems geben oder – bei einem Kriegsüberfall auf Taiwan und einem militärischen Eingreifen der USA – zu einem Ende der Volksrepublik führen.

Quo vadis, China?

Gedanken der Präsidentin



AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

«Wo Vertrauen herrscht, kann vieles unreguliert bleiben. Unter dem Primat des Misstrauens aber ist alles bis ins kleinste Detail vorzuschreiben und festzulegen.»

Dieses Zitat von Dr. Reinhard K. Sprenger, Philosoph und Managementberater, finden Sie im neuerschienenen Buch «Der dressierte Bürger» (S. 31).

Er beschreibt dort die Situation Deutschlands, wie der Staat dem Bürger die Selbstverantwortung entzieht und ihn bevormundet. Ich empfehle Ihnen dieses Buch als Lektüre, denn in der Schweiz unterliegen wir demselben Zeitgeist. Wir leben in einer völlig widersprüchlichen Zeit. Werte wie Leben, Familie, Eigentum, Religion, Freiheit, direkte Demokratie werden relativiert, verlieren an Inhalt, lösen sich auf wie die Grenzen im Schengenraum. An ihre Stellen treten Überwachung, Vorschriften und Reglementierung durch den Staat, der die Gleichheit und das Wohl aller Bürger garantieren und die Gerechtigkeit gewähren soll. Dieses Phänomen zeichnet sich auch im Bildungsbereich ab. Schulen werden dem Qualitätsmanagement unterworfen. Im Vordergrund stehen nicht

mehr Bildungsinhalte, sondern Reglemente und Verordnungen im administrativen und organisatorischen Bereich.

Sprenger wendet sich gegen den Vormundsstaat, der die Kreativität, den Innovationsgeist und die Eigenverantwortung untergräbt und damit den gesellschaftlichen Ruin erzeugt. Sprenger appelliert an die Bürger, sich aus dieser staatlichen Vormundschaft zu befreien und selbst zu handeln, auf staatliche Subventionen zu verzichten, selber zu denken und selber Verantwortung zu übernehmen. Andererseits fordert er vom Staat, dass dieser seinen Bürgern vertraut, ihnen zutraut, dass sie ihre Geschicke selber lenken können.

*«Der dressierte Bürger»
von Reinhard K. Sprenger
aus dem Campus Verlag, 2005,
ISBN 3-593 - 37759-4, Fr.34.90*

... 2 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

8

- 1.** Der Abstimmungskampf gegen Schengen ist voll im Gang. Helfen Sie mit, unseren Abstimmungsprospekt «Schengen – der moderne Trojaner» breit zu streuen:
 - ☒ Verteilen Sie ihn unter Bekannten und Freunden.
 - ☒ Verteilen Sie ihn in Briefkästen.
 - ☒ Finanzieren Sie die Verteilung in Ihrer Gemeinde (Informationen erhalten Sie unter www.prolibertate.ch oder unter Telefon 031 332 57 84)
- 2.** Nehmen Sie am 5. Juni 2005 an der Abstimmung teil und ermutigen Sie Ihre Umgebung ebenfalls an diesem Urnengang teilzunehmen.

und ... 4 dringende Hinweise

- 1.** 3. Juni 2005 Besuch der Panzertruppe in Thun, melden Sie sich sofort an. (Anmeldeunterlagen liegen dem Versand bei, sonst verlangen via E-Mail: info@prolibertate.ch oder Postfach 587, 3052 Zollikofen)
- 2.** Voranzeige: 24. Juli 2005, 11.15 Uhr, Rütliwiese: Gedenktag 60 Jahre Rütliappart, Ansprache von Bundesrat Dr. Christoph Blocher. Einladung folgt (PRO LIBERTATE unterstützt diesen Anlass aktiv).
- 3.** Voranzeige PRO-LIBERTATE-Veranstaltung: 13. August 2005, Interlaken: Gedenktag 60 Jahre Kriegsende, Vortrag von Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg. Einladung folgt.
- 4.** Bund der Steuerzahler lädt ein zum öffentlichen Vortrag von Herrn Divisionär aD Regli, zum Thema: Milliardendefizite beim Bund – sparen bei der Bekämpfung des islamist. Terrorismus? Mittwoch 8. Juni 2005, 20.15 Uhr, Restaurant Bären, 3072 Ostermündigen.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

4.05

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt (FDP)
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (JSVP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 30.4.2005

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch